

Kaukasische Post

Adresse der Redaktion und der Geschäftsstelle:
Kirchenstr. (Кирпозн. у.) № 25, Lokal des 3.-R.-s.
Sprechstunden: 6—7 Uhr abends.

Erscheint 3-mal wöchentlich:

am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Bezugspreis: 15 Rbl. für 2 Monate. Anzeigen:
die 3-mal gefaltene Kleinzeile auf der ersten
Seite—60 Kop., auf der 4. Seite—40 Kop.

Nr. 80.

Tiflis, den 25. November 1918.

10. Jahrgang.

Aufforderung zum Bezug der „Kauf. Post“.

Die „Kaukasische Post“ hat begonnen dreimal wöchentlich (am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend) zu erscheinen. Die letzten durch den zusammengebrachten Druck bereits fast um die Hälfte ihres früheren Inhalts erweiterte Zeitung erfährt mithin auf's neue eine bedeutende Erweiterung. Ungeachtet dessen bleibt der Bezugspreis derselbe: 15 Rbl. für die beiden Monate — November und Dezember — d. h. bis zum Jahreschluss.

Wer ein Interesse an der „Kauf. Post“ hat, wird nicht ermahnen, sie umgehend zu bestellen.

Eine Ermäßigung des Bezugspreises, so sehr sie auch erwünscht wäre, kann leider unter den obwaltenden Verhältnissen nicht eintreten, wenigstens nicht eher, als bis die Betriebsziffer steigt, wozu beizutragen alle Freunde und Gönner unseres Organs hiermit auf's nachdrücklichste gebeten werden. Insbesondere ergeht unsere Bitte an die Herren Professoren und Lehrer in den Kolonien, die ja in erster Linie berufen sind, Kultur zu fördern, und mithin die sittliche Pflicht haben, auch den Vertrieb unserer Zeitung nach Kräften zu unterstützen. Wollt Ihr Deutsche nicht nur heißen, sondern in Wirklichkeit sein, so laßt Euch in den Beziehungen zur „Kauf. Post“ von dem allgemeinen Interesse des Deutschstums in Kaukasus und nicht von persönlichen Erwägungen bestimmen und handelt zum Nutzen, nicht zum Schaden unserer aller guten Sache! Wir bitten zugleich, die Bestellungen unversäglich auszuführen und die einlaufenden Bezugsgebühren (in den Kolonien) nicht zurückzubalten, sondern ebenfalls unversäglich an die Geschäftsstelle der „K. P.“ abzuführen.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß der Einzelverkaufspreis (85 Kop. die Nummer) nicht herabgesetzt wird und daß es daher vorteilhafter ist, auf die Zeitung zu abonnieren, anstatt sie einzeln zu kaufen.

Der Deutsche Nationalrat
in Transkaukasien,
als Herausgeber der „K. P.“

Zur Revolution in Deutschland.

I.

In der Vollziehung des Ziffrier Soldaten- und Arbeiterates v. 20. 11. haben der georgische Ministerpräsident N. Schordania und der Leader der soz. demokr. Fraktion im georgischen Parlament Z. Bereteli über die „Revolution in Deutschland“ berichtet. Hierbei führte N. Schordania u. a. folgendes aus:

„Auf den Sturz der Hauptstütze der Reaktion des russischen Absolutismus folgt gegenwärtig der Sturz der nicht weniger wichtigen Stütze der Reaktion — des deutschen Imperialismus. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn gehen großartige Ereignisse vor sich, die man im Auge haben und verstehen lernen muß, um seine weitere Taktik nach der Entwicklung dieser Ereignisse einzurichten.“ Weder macht darauf die Versammlung mit der Lage der europäischen Koalitionen bis zum Ausbruch der deutschen Revolution bekannt, wobei er die europäischen Staaten (ohne Rußland) in zwei Gruppen teilt: eine westliche und eine östliche. Zur westlichen Gruppe rechnet er England, Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark und andere, zu der östlichen Gruppe Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Erstgenannte Staaten, als nach dem nationalen Prinzip aufgebaut und über Regierungsapparate verfügend, die den souveränen Willen ihrer Völker ausdrücken (Parlamentarismus), sind völlig demokratische Länder, während in Deutschland und Oesterreich-Ungarn diese beiden wesentlichen Anzeichen einer rechtsstaatlichen Ordnung fehlen. Deutschland ist ein halbfeudaler Staat — und Oesterreich-Ungarn stellt nicht einen einheitlichen nationalen Staat, sondern ein Konglomerat von verschiedenen Nationen dar, woraus unzulängliche nationale Konflikte resultieren. „Das halbparlamentarische Regime in Deutschland ging außerordentlich schnell zugrunde, weit schneller noch als in Ruß-

land, wo man alle Niederlagen im Kriege geduldig ertrug und die Revolution erst später erfolgte, während in Deutschland der militärische und politische Zusammenbruch in zwei Wochen vor sich ging. Dieses schleunige Tempo kann man durch folgende Gründe erklären: Deutschland ist durch die Kriege 1864, 1866 und 1870/71 gebildet worden; der letzte dieser Kriege hat endgültig das einige Deutschland geschaffen. Fortgeschrittene Leute in Deutschland waren von vornherein besetzt von dem Wunsch nach möglichst vollkommenem und sicherem Ausbau ihrer Heimat und bestanden darauf, daß die Vereinigung als Republik vor sich gehen sollte, aber die Reaktionen traten für die monarchische Verfassung ein. Letztere Richtung gewann die Oberhand, dank dem siegreichen Heere Preußens und den verbündeten Staaten. Und da der König von Preußen an der Spitze des siegreichen Heeres stand, so war es ganz natürlich, daß er auch an die Spitze des vereinigten Deutschlands kam. Hieraus ergibt sich, daß, wenn das deutsche, halbfeudale Regime das Produkt siegreicher Kriege war, einseitig loser Krieg zum entgegengesetzten Resultat führen mußte, und wir sehen heute, daß tatsächlich, sowie Deutschland nur eine militärische Niederlage erlitt, die halbfeudale Verfassung mit dem Kaiser an der Spitze momentan verschwand. Diese Niederlage hat den Bankrott der politischen Richtung bedingt, welche zur Vereinigung Deutschlands mit Hilfe des Schwerts geführt hatte; der schnelle Untergang erfolgte mithin ebenfalls durch das Schwert. Die Niederlage Deutschlands übertrifft nicht. Die Geschichte lehrt, daß stets fortgeschrittenere Länder die rückständigen besiegten, wie z. B. Deutschland — Rußland. Und obgleich in Deutschland Technik, Wissenschaft und Literatur auf hoher Entwicklungstufe stehen und obgleich es — mit seinen ungeheueren Hilfsmitteln und vorzüglich organisiert — den Krieg mit der Gegenkoalition noch lange hätte führen und aus ihm sogar als Sieger hervorgehen können, verlagte es dennoch, als ihm ein neuer Gegner — Amerika — mit sicherem ökonomisch-politischem Fundament, ein Land, das als im höchsten Grade fortgeschritten gelten darf und über eine außerordentlich entwickelte Industrie und eine dauerhafte politische Verfassung verfügt, erkannte, Deutschland mit einem Male besiegte. Es entsteht nun die Frage, ob die gegenwärtige revolutionäre Bewegung in den Rahmen, welchen ihr die heutige Regierung Deutschlands vorgezeichnet hat, verbleiben oder ob sie weiter gehen und sich allmählich in eine soziale Revolution verwandeln wird, oder ob nicht aus dem einen oder anderen Grunde die Restauration erfolgen wird? Die Grundlage aller politischen Revolutionen ist die, daß, wenn eine solche als Folge eines Krieges eintritt und die unterdrückten Klassen ihre Befreiung von außen empfangen — auf Grund der Niederlage der Nation — und wenn diese Klassen nicht vorbereitet sind, die Regierungsgewalt zu übernehmen und auszuüben, man unverzüglich, mit dem vollen Mißglücken der Revolution rechnen kann und ist deshalb die Frage über den Gang der Revolution zur Zeit des Krieges von ungeheurer Bedeutung. In der deutschen Revolution zeigt sich, was sich auch in der russischen zeigte: hier wie dort beginnt sie mit dem Zusammenstoß zweier Strömungen, von denen die eine der soz. Volkswissenschaft bildet, und in dieser Hinsicht ist nur ein Umstand von Wichtigkeit: daß hinter der Regierung die Mehrheit der Bevölkerung des Landes steht. So wird die Revolution ungewiss, wenn als Sieger hervorgehen, wenn aber nur die Minderheit, so ist ihre Niederlage unausbleiblich.“ Der Berichterstatter nimmt zum Beispiel die russische Revolution: die Hauptbasis dieser Revolution wurde vernichtet, es flammte der Bürgerkrieg auf, und die Revolution war geliefert. In Deutschland ist eine solche Ereignis nicht möglich, hier verstehen die Arbeitermassen, diese berufenen und wohlorganisierten Klassen der Bevölkerung, die sich das „Erfurter Programm“ zu eigen gemacht haben, daß jede Veränderung der Verfassung von Grund aus Ansprüche im Lande erzeugt und das Verordnen der Revolution bedeutet. Das einzige Mißnis auf seit der deutschen Revolution ist das bewaffnete militärische Element, aber wenn man sich die Erfahrung der längst gebildeten deutschen Organisationen vor Augen hält, so kann man mit Unfehlbarkeit voraussetzen, daß dieses Element sich jenen Organisationen unterordnet wird. Hieraus ergibt sich eine dreifache Möglichkeit des Ausganges

der Revolution in Deutschland: 1. Der Volkswissenschaft, dank dem Vorhandensein der bewaffneten Massen; in diesem Falle hat auch die wirklich demokratische Verfassung sowie die Revolution ein Ende; 2. es ist eine Restauration möglich, wenn eben keine wirklich demokratische Verfassung vorliegt, und 3. wenn man die Möglichkeit des Volkswissenschafts und dieser ausschließt, so wird die Revolution in den Rahmen der Demokratie verlaufen und zur Entfaltung der konstituierenden Versammlung führen. Wenn die demokratische Revolution durchbringen sollte, könnte sie da wohl in das Gebiet des Sozialismus übergehen? Der Berichterstatter erklärt, daß solch ein Vorgang nur dann möglich wäre, wenn die soziale Revolution gleichzeitig in Frankreich, England, Italien und in anderen Ländern ausbräche, in welchem Falle die soziale Revolution sich ihnen ohne weiteres anschließen würde. „Wenn es aber in den westeuropäischen Staaten nicht zu einer solchen Revolution kommt, so wird die soziale Revolution mit einem Triumph der Demokratie enden und erst hernach im Wege des Kampfes von innen heraus in die soziale Revolution übergehen. Eine soziale Revolution kann man nicht mit Dekreten machen wollen, wie es der russische Volkswissenschaft nur.“ Zum Schluß kommt der Berichterstatter zu dem Unterergebnis seiner Betrachtung, nämlich, daß „Deutschland nicht auf den Wegen der russischen Revolution freiheit werden, denn diese beiden Länder lassen sich, was ihre Kultur und Wohllebensfreiheit der Massen anlangt, garnicht miteinander vergleichen. In keinem Falle läßt es sich voraussetzen, daß das deutsche Proletariat, das so ungeheure Erfahrung besitzt, bewußt in sein Verderben gehen könnte. Dieses Proletariat wird zum Sozialismus durch die Demokratie gelangen.“

Die Waffenstillstandsbedingungen.

(Schluß.)

In der „Russischen Zeitung“ lesen wir: „... Die Zahl der abzugebenden Waggons ist ungefähr 3 mal so groß als die Zahl der Wagen, die gegenwärtig zum Transport der nötigen Nahrungsmittel gebraucht werden. Die 150 000 Wagen hintereinandergestellt, würden von der belgischen Grenze bis Berlin an quer durch Deutschland die alte russische Grenze bei Spidhamsen berühren und mit den Lokomotiven noch 100 km darüber hinaus gehen. Von Berlin aus südwärts aufgestellt, würden sie quer über die Alpen weg flözern erreichen und in nördl. Richtung die trennenden Meeresteile eingeschlossen) Drontjeim. Wohl brauchen jetzt die großen Massen von Munition und Kriegsmaterial nicht mehr befördert zu werden, dafür kommen aber nun infolge des Waffenstillstandes eine Menge anderer Dinge für den Transport in Frage: die Rücktre der Truppen, der Rücktransport der feindlichen Kriegsgefangenen, die Zurückführung von Pferden, Autos und all der zahlreichen Maschinen und Materialien, die im Innern des Landes notwendig gebraucht werden, die Beförderung von Materialien zur Umstellung der Industrie, der Transport aller der Industrieprodukte, an denen wir während des Krieges Mangel litt.“

Die deutschen Bevollmächtigten gaben bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes sofort die Erklärung aus, daß nach dem dem Waffenstillstand vorausgegangenen Vorgängen Bedingungen ermartet worden seien, welche unter voller militärischer Sicherstellung des Gegners wenigstens die Leiden derjenigen beenden würden, welche keinen Anteil an dem Konflikt gehabt hätten, nämlich der Frauen und Kinder. Das deutsche Volk, das 50 Monate gegen eine Welt von Feinden handgebalten habe, werde ohne Mißbrauch der Gewalt seine Freiheit und Einigkeit bewahren. Ein Volk von 70 Mill. könne leiden, aber nicht untergehen.“

Der „Berl. Lok.-Anz.“ hielt Betrachtungen über die unterhalbgenannte Forderung von 5000 Lokomotiven u. 150 000 Waggons zusammen mit der Pflicht des Zurückbringens einer Millionen-Armee. Die Ausführung der gigantischen Aufgabe sei nicht möglich, wenn die Verkehrsmittel der besetzten Gebiete nicht zu unserer Verfügung ständen. Die Bedingungen könnten nur von jemandem ausgehandelt sein, der schon im voraus eine der wichtigsten Fragen entschieden haben wollte, die eigentlich für die Friedensverhandlungen

reserviert waren. Er zerlöse das deutsche gewerbliche Leben für viele Jahre und vergrößere im Augenblick, wo das Blutvergießen aufhöre, die Unmenschlichkeit der Hungersblöde. Er setze den Nord fort auf unblutigem Wege, nachdem derselbe auf den Schlachtfeldern aufgehört habe. „Berl. Zeit am Mittag“ sagt, „35 Punkte der Waffenstillstandsbedingung bedeuten durch die Verfassung, in der sie sich darstellen, eine Schande für ihre Urheber.“ „Tägll. Rundschau“ erklärt: „Die Bedingungen stellen in der neuen Form glatt eine schändliche Unterdrückung eines Volkes dar, das in diesen 4 Jahren mehr als jede Nation der Welt geleidet hat. Sie bleiben ein unauslöschbarer Schandfleck auf der Ehre und dem Gewissen aller derjenigen, welche das Autokratieren eines großen Volkes eronnen haben. Denn eben in ihrer neuen Form bilden die Bedingungen eine unerträgliche systematische Erdrosselung. ... Der Raub dieses Materials ist uns außerhande, auch nur die allernotwendigsten Lebensmittel im bescheidensten Maße in unsere großen Städte zu bringen.“

Die „unabhängige“ sozialdemokr. Partei Deutschlands wandte sich am 14. 11. an die internationalen Arbeiter mit den Worten: „Da die Welt nun vom preussischen Militarismus befreit ist, ist es Eure Aufgabe, gegen die Gewaltpolitik in Eurem Lande anzugehen, zu verhindern, daß unsere Revolution geführt wird und neue Kriege ausbrechen. Wir gehören heute der Not, wenn wir die härtesten Bedingungen annehmen. Wir appellieren an Eure Solidarität, an Euer Gerechtigkeitsempfinden, an Euren Sozialismus. Wir sind sicher, daß Ihr Eure Macht so kräftigen werdet, daß Gewalttate von Brüdern gegen Brüder nicht mehr möglich sind.“

Das Parteiorgan der holländischen sozialistischen Arbeiterpartei ermahnt eine breitere Ausdehnung der sozialistischen Ideen über die Grenzen Deutschlands hinaus, nachdem nicht nur die Friedensbotshaft, sondern auch das Versprechen der Sozialdemokratie aus dem Dunkel des großen Krieges hervorgetreten sind. „Es steht ohne Zweifel fest, daß die Ereignisse in Deutschland nicht ohne Einfluß auf die andern Länder Europas bleiben werden. In jedem einzelnen von ihnen wird die Arbeiterpartei den Beschluß fassen, mit der deutschen Sozialdemokratie zusammenzugehen und das stolze Werk zu vollenden. Der Kapitalismus hat unvorbereitet seine Macht über die Massen verloren. Neue Formen und Ideen entstehen. Die moderne Arbeiterbewegung in Holland ist völlig bereit, alle Folgen aus den neuen Umständen zu ziehen. Sie wird nicht zugeben, daß irgendein günstiger Umstand, der sich ihr darbietet, wieder aus ihrer Hand gleitet.“ Zur letzten Rede des Lloyd George bemerkt das Mitglied der neuen deutschen Regierung, Scheidemann: „... Er lobt die Einigkeit des englischen Volkes und des britischen Reiches, welche (wie er sagt) wie ein geschlossener Körper hinter der Kriegspolitik ihrer Regierung standen. Er weiß sehr wohl, daß die Einigkeit des englischen Volkes, die er so hervorhebt, in Wirklichkeit nicht existiert. Durch das englische Volk, die Armee und Flotte läuft derselbe scharfe Regenias, wie in Deutschland zwischen den obersten Klassen und der Nation, zumal da in England die Erinnerung noch frisch ist an den Zustand, in welchem die bürgerlichen Einheiten noch nicht eine Beute des Militarismus waren. Lloyd George ist unflug genug, sein Volk durch seinen Triumph hindur zu auf den Grund seines Imperialismus schauen zu lassen. Er erklärt offen, er habe die Wiederverbündung, die das deutsche Volk erbeten habe, abgelehnt, damit unter dem Zwange des fürchterlichen Glends der letzte Pfeiler der Ordnung im Innern Deutschlands zusammenbrechen möge. Das deutsche Volk ist in diesen großen Tagen verpflichtet, zu zeigen, daß die Parole, die er gegeben, nicht ausfahrbar ist. In dieser Stunde der Einheit der ganzen Welt hängt es von dem englischen Volke und den andern Völkern der Entente ab, sich von dem Imperialismus ihrer Regierungen loszumachen.“

Die Silbersee des deutschen Sozialismus blieben nicht unerhört. Unter dem Zwange der Verhältnisse mußte Wilson bereits im Einvernehmen mit der Entente einen Teil der schweren Bedingungen lindern. Eine uns über Berlin zukommende „Kabaasemlung“ besagt: „Die Alliierten und die Vereinigten Staaten besaßen sich mit der Ernüchterung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem als notwendig erkannten Umfang.“ Die deutschen Zeitungen erklären das bisherige Entgegenkommen Wilsons für ungenügend, da zur Erhaltung des Volkes und der Ruhe weitere Maßnahmen erforderlich seien, die sich besonders auf Regelung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse des linken Rheinufers mit denen des rechten beziehen, um unausdenkbarer mehr oder weniger bolschewistischen Verhältnissen, welche auch den Nachbarstaaten gefährlich werden könnten, vorzubeugen. Vorschläge zur Besserung sandte die Volksvertretung an Wilson ab.

Er wird dem Zwange der Verhältnisse folgen müssen, um den Eindrud des größten Imperialismus zu vermindern, denn schon hat die Revolution Holland, Frankreich erfaßt, nach Berichten neutraler Staaten hat dieselbe Bewegung auch auf die Maß- der Bevölkerung und der Armee in Italien ergriffen. Die „Berliner Morgenzeitung“ vom 12. d. M. gibt über Innsbruck bekannt, daß der Aufstufungsprozeß in der italienischen Armee Fortschritte mache. Italienische Soldaten sagen, es sei jetzt Frieden, und sie könnten sich

Haufe gehen wie die Deserteure. In der 3. italien. Armee verweigern die Soldaten den Gehorsam, besonders große Fortschritte macht die Auflösung bei der 6. italien. Armee. Die Gefahr liegt vor, daß die Entente-regierungen von ihren eigenen Völkern um den Preis gebracht werden, den ihnen ihr maßloser Imperialismus zuzurechnen zu können schien. Eben wir den weiteren Ereignissen mit Vertrauen entgegen, die bisher bewiesene Ruhe und Reinheit des Deutschums wird auch in Zukunft, vielleicht in weit verstärkterem Maße als bisher, als heilwundersame Fadel den Völkern der Erde voranleuchten. Gerle.

Inland.

Der englische General Tompson (surzeit in Vatn) hat dem Ministerium des Äußeren mitgeteilt, daß das deutsche Heer in Georgien verbleiben könne, bis er sich mit dem vollen Text der Waffenstillstandsbedingungen bekannt gemacht haben würde (der aus London zu erwarten sei) und in die Lage käme, auf Grund desselben sich zu jüder Angelegenheit endgültig zu äußern.

Eine deutsche Delegation (Generalfonful Brode u. a.) ist nach Vatn un gereist, um dort mit den maßgebenden Stellen Verhandlungen über Wiedereinstellung der freien Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer und Organisation der Heimbeförderung der deutschen Truppen aus Georgien zu führen.

Das georgische Parlament hat das Gesetzesprojekt über die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Krons- und Privat-Lehranstalten angenommen.

Das Arbeitsministerium projiziert ein Streikgesetz, nach dem die Streitfreiheit Gesetzeskraft erhalten soll.

Der Teleschweiz Kreis ist als im Kriegszustande befähigt erklärt worden. Zum zeitweiligen Generalgouverneur ist der Kaiserliche Gouvernementskommissar Maglakelidse ernannt worden.

Ausland.

Deutsche Funksprache:

Vom 21. November:

Nach zuverlässigen Quellen betragen die deutschen Verluste bis 31. Oktober (da kein Anfangstag angegeben, wird wohl seit Kriegsbeginn gemeint sein): 1 600 000 Tote; 260 000 Vermisste; von denen der größere Teil als tot geltend darf; 490 000 Gefangene in Händen der Feinde; 4 Millionen Verwundete, von denen viele aber Zweiterwundungen sind.

Aus der Fortsetzung des Berichtes von Joe Danziger (s. vor. Nr.) ist zu ersehen, daß „trotz der ungläublichen Schwierigkeiten des Abbaues des Heeres in Verbindung mit Nahrungsmangel und Verkrüppelung des Bahnverkehrs alles so weit gut geht.“

Täglich kommen 100 000 Mann durch Frankfurt a. M. auf dem Wege in die Heimat. Vordräng sind es jumeist Leute aus der Etappe. Soweit keine Stodungen. Außer den etwa 80 Mannschafszügen laufen 20 Züge mit Geräten usw. durch. Die Truppen behaupten sogar, daß die Verwaltung jetzt genauer arbeite, als unter der alten Herrschaft. Nirgends sieht man Justizlosigkeit oder Durcheinander. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften vertragen sich ausgezeichnet auf der Grundlage der Kameradschaft. Es haben sich einige Unfälle zugetragen, zumal wenn Soldaten auf den Wagendächern reisten. Sie wurden jumeilen von Tunnels abgestreift oder rollten im Schläse vom Dach herunter. Die Fronttruppen sind vollkommen ordentlich. Mainz ist auch ein wichtiger Durchgangspunkt. Eine besondere Brücke wurde über den Rhein geschlagen. In den nächsten fünf bis sechs Tagen sollen zwei Armeen von je 400 000 Mann mit 150 000 Pferden, zahllosen Wagen, Kanonen usw. den Rhein überschreiten. Die Besatzungstruppen des Verbandes werden am 5. Dezember erwartet.

Alle Schiffe werden bereit gemacht, um Lebensmittel aus Amerika holen zu können.

Berch Brown dröhnt an den englischen Zeitungsmann Phillip Gibbs im englischen Hauptquartier: „Die Verbandspresse ermisst nicht die Schwere und Geschäftlichkeit der Lage hier. Ich habe Unterredung mit Soff. Maximilian Harden hat kaum noch Hoffnung, daß die Bolschewikenflut noch zum Besten ganz Europas eingedämmt werden könne. Tun Sie, was Sie können. Sie haben doch zweifelsohne die hitzige Lage untersucht und erfaßt. Grüße von allen alten Freunden.“ Die Regierungstruppen haben den Vints-Sozialisten Liebnrecht aus dem königlichen Schloße entfernt, wo er sich wohnlich eingerichtet hatte; ebenso wurde Rosa Luxemburg gentalism aus dem Gebäude des „Zofalangebers“ entfernt. Ueberhaupt zeigt sich deutlich die Uebermacht und Kraft der nichtbolschewikischen Teile.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ widerlegt die Gerächte einer Abmachung mit Dänemark über Nordschleswig.

Doch sind vielleicht unverbindliche Besprechungen im Gange. Die deutsche Regierung ist bereit, das „Schicksal-Nord-schleswigs durch Volksabstimmung zu entscheiden.“ „Berliner Tageblatt“ bepricht die Vorgänge in Polen (es sind polnische Offiziere in Polen eingetroffen, um „Beiß zu ergreifen“). „Es sollen wohl Tatsachen geschaffen werden, mit denen man vor der Friedensrat treten will, so daß Polen an Polen fällt. Darüber kann aber nur der Friedensrat entscheiden. Laut Wilson können nur jene Teile abgetreten werden, die zweifellos einen Ueberußig polnischer Bevölkerung haben. Nur der östliche Teil des Gebietes hat eine Mehrheit von 67 Hundertteilen. Der Einverleibungsversuch ist auch gegen die Waffenstillstandsbedingungen.“

II.

Vom 22. November:

Ueberwiegende Mehrheit der Soldatenräte des Frontheers für Einberufung der Nationalversammlung.

Staatssekretär Preuß spricht mit Pressevertretern über die Einberufung der Gründungsversammlung. Das Datum 2. 2. 19 kann vielleicht wegen technischer Schwierigkeiten (40 Millionen Wähler) nicht eingehalten werden, doch soll sie sobald als möglich stattfinden und nicht verschoben werden. Das jetzt aufzustellende Wahlgesetz ist bloß für die Gründungsversammlung gültig, die Nationale Gesetzgebende Versammlung, die darauf folgt, wird das endgültige Wahlgesetz zu schaffen haben.

Die Regierung hat sich in den letzten Sitzungen mit praktischen, aus der Durchführung der Umlösung sich ergebenden Fragen beschäftigt, die zum Gegenstand Ausbau und Festigung der neuen Staatsform haben, zunächst eine umfangreiche Umnest.

Volkskommisnar Landsberg übernahm Presseangelegenheiten an Scheidemann und übernahm dafür die Finanzen.

Eine Gruppe „in der Politik wohlbekannter Männer“, fordert den Anlagen des Auslands aber unsere Kriegsführung die bekanteten Tatsachen fremder Kriegsführung entgegenzuhalten. Diese und jene müssen durch Neutrale untersucht werden, denn wir wollen unser Gewissen beruhigen.

Alle zuhause befindlichen Heeresmitglieder sind bis 30. 11. entlassen mit Ausnahme der Jahrgänge 1896-99.

Der Rücktransport der Truppen geht erfolgreich weiter. Ueberall werden sie freudig empfangen. Ordnung und Disziplin nirgends verlegt. An der S. B.-Grenz rubige Besoldung vom Feinde; der Rhein bei Nauenburg überschritten. Verpflegung der rückführenden Truppen bis jetzt voll gelungen. Grenzen weiter von Landrührungen bedroht. Das deutsche Waffenstillstandskomitee in Spa meldet jedoch wachsende Schwierigkeiten; da die Franzosen weiteren Aufschwung verweigern, ist Katastrophe möglich, besonders wenn schlechtes Wetter kommen sollte. Das Komitee fordert von der Militärverwaltung den durchziehenden Truppen die links des Rheins aufgestellten Vorräte zur Verfügung zu stellen, jeder Soldat soll für mehrere Tage Verpflegung erhalten. Weiter sagt das Komitee, die Gerächte über Erleichterung des Waffenstillstandes seien falsch, die Gegner lehnen im Gegenteil neue Verhandlungen ab.

Balfour im Unterhause (18. 11.): Die deutschen Streitkräfte in Rumänien haben dieses Land zu einer Basis für Kriegshandlungen gegen die Alliierten gemacht, deshalb lehnt britische Regierung Verantwortung für Kriegshandlungen auf rumänischem Boden ab.

Madajensen ist durch Wien gekommen, fährt nach Passau weiter.

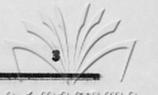
Starke Gruppe von Mitgliedern der Zentrums-partei erklärt Aufruf; stellt sich staatsrechtlich auf den Boden der neuen Verhältnisse.

Verhandlungen über Verschmelzung der „National-liberalen“ mit der „fortschrittlichen Volks-partei“ sind gescheitert. Der linke Flügel der National-liberalen schloß sich mit der F. B. an die neue demokr. Partei an. Diese erklärt sich als Gegnerin allen Rückschritts und terroristischer Versuche gegen Gleichheit und Gerechtigkeit, lehnt alle Experimente (Bolschewismus, Bolschewismus) ab und fordert von den wohlhabenden Klassen beträchtliche Opfer.

In Berlin kamen der Präsident des englischen roten Kreuzes En. Abrahamson und Arthur Wayne an. Zweck: Rücktransport der engl. Gefangenen.

Der Rat der Volkskommisnare beauftragt Komitee, die Frage der Nationalisation großer Unternehmen zu erwägen. Mitglieder des Komitees: Ballo, Ernst Brande, Walter Rathenau, Leberer, Bogeslein, Rudolf Hilferding, Karl Rautsch, S. Lunow, Otto Hue.

Am 19. 11. große Versammlung aller organisierten Gruppen Großberlins wegen Neuwahlen in den Stadtrat. Dr. Rießer führt aus, alle Bürger müssen sich zusammenschließen, wenn sie im Staat gleiche Rechte haben wollen. Kurt Koehler (vom Janfabrik) Die Bürgergerichte müssen wie die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte sich auf denselben Standpunkt stellen als die gegenwärtigen Leiter der Nation. Sie müssen die Regierung unterstützen, um die ja, lummernden Kräfte der Zivilbevölkerung zu weiden.



Die Beerdigung der Revolutionsopfer am 20. 11. auf dem Tempelhofer Felde (8 Särge) war eine Riefenbewegung. Viele Reden; Haase u. a.: „Die Sozialrevolution muß der politischen folgen“.

Ruß. Nachricht von Aufhebung der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg, sowie von der Verhaftung deren Mitglieder. Diese in den Händen des „Revolutionskomitees“. Seit dem 12. 11. keine direkte Verbindung mit Petersburg mehr. Aus Moskau ein Telegramm vom 12. 11. (verspätet), des Inhalts, daß deutsches Gen.-Kons. von Räubern angegriffen wurde. Nach Telegramm des österr. Generalkonsuls in Moskau sind beide deutschen Generalkonsulate auf Anstiften der Ratsregierung angegriffen worden. Auf Protest der deutschen Regierung erwiderte Ratsregierung, sie lehne es ab, die Vertreter der Hohenzollernregierung als Vertreter des freien Deutschlands anzusehen. Die deutsche Regierung erfuhr die russische, die beiden Generalkonsulate, die schon früher abreisen sollten, aber von der Ratsregierung zurückgehalten wurden, sofort nachhause zu senden.

König Ludwig von Bayern ist in die Heimat zurückgekehrt und wird auf Schloß Wilhelmswart am Ehemaligen Aufenthalt nehmen. Ungarn ist Republik geworden.

In Holland herrscht Ruhe (sowider der russischen Meldungen).

Wilson wird an den Besprechungen der Hauptpunkte des Friedensvertrages teilnehmen.

R u s s i s c h e (bolschewistische) F u n k t s p r ü c h e.

I (Moskau v. 21. 11.)

Moskau, 21. 11.

Die Deutschen räumen eifrig das Ufergenossische Gouvernement. Die Gaidamaken laufen davon. Unsere Truppenteile haben die (?) Schutze eingenommen. Die Weißgardisten organisieren sich und hoffen in (?) Widerstand leisten zu können. Die Bevölkerung begrüßt freudig die Befreier. Viele bitten um Waffen und äußern den Wunsch, in das Innere der Ukraine ziehen zu dürfen, um die schmachenden Brüder zu befreien. Die Bourgeoisie und die Spekulant sind unter Mithahme ihrer Wertpapiere geflüchtet, nachdem sie alles übrige Vermögen vernichtet haben. Die Verbandsabteilung haben in Ismail einen Aufbruch an die Bevölkerung Südrusslands zu befehlen, um von hier aus Russland wieder herzustellen, die „Mittelposten“, d. h. die Bolschewiki aber zu fügen. Die Absichten der dort befindlichen Deutschen sind mit denen der Entente identisch: Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Bolschewiki und ihre Genossenschaftlichen sind als außerhalb des Gebietes lebend erachtet werden. In Russland gelten nur diejenigen Truppen als kämpfende Partei, die gegen die Sowjet-Regierung zu Felde ziehen, desgleichen die freiwillige Kosakenarmee und die Gründungsversammlung. Von allen übrigen Organisationen wird die Ausrüstung der Waffen gefordert werden.

Stockholm, den 19. 11.

Wilson hat die deutsche Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung die mit ihm wichtigste Verbindung des Waffenstillstandes ist. Im Falle, daß die Vertretung der russischen Sowjet-Regierung in Berlin wieder empfangen werden würde, gelte der Waffenstillstand als gebrochen.

Paris, den 19. 11.

Die deutsche Regierung hat die russische Sowjet-Regierung davon benachrichtigt, daß zeitweilig die Anwesenheit des russischen Vertreters in Berlin nicht erwünscht ist.

Berlin, den 19. 11.

Obri hat erklärt, daß der Reichstag nicht einberufen werden wird. Er hoffe, die konstituierende Versammlung am 2. Februar eröffnen zu können. Es ist zweifelhaft, ob bis zu jenem Termin die technischen Vorbereitungen erledigt werden können.

Hamburg, den 19. 11.

Die ukrainischen Zeitungen melden, daß die Beschädigung der Fahrzeuge an der Schwarzen-Meer-Front ihre völlige Unbrauchbarkeit ergeben hat. Die Kasernen sind gänzlich ruiniert. Die Remonte wird gegen zwei Millionen erfordern und Jahre in Anspruch nehmen.

Samarra, den 20. 11.

In der Ukraine nimmt die Spannung zwischen den Weißgardisten und den Ziren- und Militärbehörden zu.

Kostow a. D., den 19. 11.

Die Kuban-Regierung hat jede Art von Versammlungen ohne besondere Erlaubnis verboten. Einzelnen Mitgliedern der Regierung ist das Recht eingeräumt worden, Zeitungen zu schließen und ihre Redakteure zur Verantwortung zu ziehen, falls sie Aufstöße aufreißenden Inhalts bringen.

Wlissing, den 19. 11.

In Archangelsk hat sich eine neue zeitweilige Regierung gebildet, bestehend aus Ispailowski, dem Obersten Durov, dem Fürsten Kurafin und einigen anderen „Radikalen“. Die frühere Regierung ist teilweise verhaftet worden, teilweise geflüchtet. In der Archangelsker Weißgardistenpresse werden in dem offiziellen Teil mit den Untergriffen Ispailowski und Subotz kritische Abhandlungen über die Dekrete des Rates der Volkskommissare veröffentlicht.

Moskau, den 21. 11.

Der Volkskommissar für Arbeit hat einen Befehl erlassen über Verjagung der in die Heimat zurückkehrenden Kriegs-

gefangenen, in dem es u. a. heißt: „Die russischen Kriegsgefangenen sind durch die Revolution in Desterreich und Deutschland befreit worden; in ungeheuren Massen, teils zu Fuß, hungernd und unbefreit, ermattet von den ungläublichen Kothalten, die sie in in ihrer vierjährigen Gefangenschaft zu erdulden hatten, kehren sie nach Hause zurück. Sie haben nur eine dunkle Vorstellung von der neuen sozialistisch-föderalistischen Verfassung im Vaterland. Der Bürgerkrieg verbinde viele daran, sich auf ihre angekommenen Wohnsitz zu begeben. Das Vaterland muß ihnen begnügen als Mitgliedern einer großen Arbeiterfamilie. Es muß alles dransetzen werden, um ihnen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die Organe des Volkskommissariats für Arbeit, die Arbeiterböden, professionellen Verbände, Fabrikkomitees u. a. werden aufgefordert, unverzüglich privilegierte Bedingungen für die Beschäftigung der heimkehrenden Kriegsgefangenen auszuarbeiten und einzuführen.“

Petersburg, den 21. 11.

Der Volkskommissar für Volksbildung in Petersburg hat eine Reihe von neuen Lehrausschüssen im Leben gerufen, so u. a. ein Institut für Königstrahlen.

Wlissing, den 20. 11.

Die Bewohner der befreiten Gemeinden des Schenkurischen Kreises lassen Beschlüsse, in denen sie die Sowjet-Behörden begnügen und ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, der roten Armee beizutreten, um in kürzester Zeit die „weißen Verräter“ aus dem Norden zu vertreiben.

Tschichin, den 19. 11.

An der transkaspischen Front haben unsere Truppen Merz verlassen und sich in die Ebene zurückgezogen. Es wird eine „Turkmenische Telegraphen-Agentur“ gegründet.

II.

Moskau, d. 22. 11.

Stockholm, d. 22. 11.

Die Gruppe „Spartak“ hat folgendes Programm aufgestellt: Neuwahlen der Deputiertenräte, Organisation derselben nach dem Typus der russischen Räte, Uebertragung der politischen Gewalt an einen breiter subdienten Soldaten- und Proletariaterrat. Sofortige Einberufung eines Reichs-parlaments, bestehend aus Soldaten und Arbeitern. Sofortige Organisation des Bauernproletariats. Bildung einer proletarischen roten Garde. Sofortige Konstitution aller Verbände, insbesondere des Großgrundbesitzes. Einberufung eines Arbeiter-Kongresses in Deutschland, damit der sozialistische Charakter der Revolution eine zuverlässige Stütze fände seitens des Allproletariats. — In Hamburg hat ein starkbesetztes Meeting unter Beteiligung von Matrosen eine Resolution von hervorragender politischer Bedeutung gefaßt. Alle Redner sprachen sich scharf gegen die Versuche der Behörden, die Revolution in den russischen Rahmen zu stellen, aus. Es wurde beschlossen, einen Matrosenrat zu bilden, dem sich die linken Sozialisten anschließen könnten. Für diesen Rat ist ein Gebäude in Besitz zu nehmen. — In Hamburg haben die Redakteure der „Roten Fahne“ Wilhelm Düvel und Paul Wilhelm Düvel und Paul Fröschlich 60 000 Mann unter die Fahnen gerufen.

— Die deutsche Regierung hat auf neue um Abschwächung der Waffenstillstandsbedingungen gebeten; sie besteht namentlich auf Erhaltung der ökonomischen Beziehungen mit dem Westufer des Rheins und der freien Schifffahrt über Rotterdam, desgleichen direkten Warentransporte der Nord- und Ostküste. — Im nächsten Monat sollen die Präliminarien über den Frieden beginnen und bis zum Januar ihren Abschluß finden. — Die belgische Regierung ist in Brüssel eingetroffen. — Der Einfall der Rumänen nach Ungarn unter Dämpfung ungarischer Gebiets nicht seinen Fortgang. — Am Abend versuchte die Rote Garde, gefolgt von Volksmassen, während der Rede eines kommunistischen Abgeordneten in das ungarische Parlament einzudringen. Es fiel ein Schuß, der aus dem Parlamentsgebäude abgegeben worden war. Die Rotgardisten beschossen das Parlament. Es wurden Truppen zwecks Hausdurchsuchung verlangt.

London, d. 21. 11.

Es ist ein offizieller Bericht über die Okkupation Vorderasiens und Konstantinopels eingelaufen. Unter den englisch-französischen Okkupationsstruppen sind vorherrschend Indier, Negere, Marokkaner und andere.

Bern, d. 21. 11.

Das Zentralkomitee der französischen professionellen Verbände hat einen Aufruf erlassen, in welchem es die deutsche Republik begrüßt und in dem es u. a. heißt, vor den Arbeitern der Entente liege die Aufgabe: allen chauvinistischen Versuchen entgegenzuarbeiten und es nicht zuzulassen, daß unter dem Deckmantel der Wiederherstellung der Ordnung gegen die Völker Russlands, Desterreichs und Deutschlands und gegen ihre neuen Regierungen vorgegangen würde.

Kursk, d. 22. 11.

Der Hunger in Rumänien breitet sich aus. Aus Westarabien ist alles ausgeführt worden, was nur irgend möglich war. Uebrigens macht sich auch dort der Hunger bereits bemerkbar; in Rischineu und in Bendery häufen sich die Todesfälle infolge Hungers.

Samarra, d. 22. 11.

In sibirischen Zeitungen ist eine Urkunde („Gramota“) veröffentlicht, nach welcher alle Gebietsregierungen des Urals und Sibiriens für aufgehoben erklärt werden. Die Sibirische Alturussische Regierung hat ein Sendschreiben an

die amerikanische Regierung verfaßt, in welchem sie sich beklagt über: den Terror der Bolschewiki, die Verächtlichmachung aller Kulturwerte durch sie, die besten Bibliotheken, Museen u. d. m. — und betont, daß alle Klaffen des russischen Volkes gegen die Bolschewiki sind. Die Alturussische Regierung bittet um Hilfe gegen die Bolschewiki. — Der japanische Stab teilt mit, daß die japanischen Truppen gegenwärtig ihren Bormarsch eingeleitet und bereits ihre Winterquartiere bestimmt hätten. Sie hätten die Eisenbahnlinie zwischen Schabarowsk und Sabaitaisk, sowie die ufsurische Linie besetzt. Ein Teil der Truppen habe in Tschita Quartier genommen, ein anderer in Berchne-Woinisk, ein weiterer in Nertschinsk. In Wladimirof wird eine Beratung der tschechischen Führer stattfinden, auf welcher über die fernere Richtung des Kampfes der Tschecho-Slowaken Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Kursk, d. 20. 11.

Die Gerüchte über Eintreffen von Ententetruppen in Odesa werden von der Ukrainischen Telegraphen-agentur widerlegt. Die Gerüchte entbehren jeder Begründung.

Wlissing, d. 21. 11.

In den von Weißgardisten besetzten sechs Gemeinden des Schengurschen Kreises ist ein Bauernaussland ausgebrochen. Die „Weißen“ haben Strafexpeditionen ausgesandt. In Archangelsk beinhalten russische Offiziere werden von dem englischen Kommando zu Schwarzarbeiten benutz.

Boroneß, d. 22. 11.

Die Krainowichs Amtsstellen haben den Bauern des Zagranitschen Bezirks eine Kontribution von einer Million Rubel auferlegt. Die Bourgeoisie und die Geistlichkeit sind von der Kontribution befreit. Der Streik der Lithographen in Koston und Nowoscherlask hat die Krainowichs Regierung der Möglichkeit beraubt, ihre offiziellen Mitteilungen drucken zu lassen. Die Don'sche Regierung läßt ihre Bulletins lithographiert heraus.

Verursachte Nachrichten.

In Lyon, Marseille und anderen südr. Städten Friedenskundgebungen.

Die Färken sollen aus Alexandropol alles wegführen, sogar die Maschinen aus den Eisenbahnwerkstätten.

Die muslim. Einwohner des Erivaner Gouvernements haben sich an den englischen General Tompson um Schutz gegen die Armerier, die sich der von Rommehamannern gehörigen Ländereien bemächtigen wollen. („Gruña.“)

Bolschewismus und Demokratie.

Von dem nach Russland entsandten Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ Hans R. Hoff.

St. Petersburg, im Oktober.

Obgleich durch den Vertrag von Brest-Litowsk formell der Friedenszustand zwischen Russland und den Mittelmächten eingetreten war und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen wurden, war die deutsche Öffentlichkeit in den folgenden Monaten, strenger denn je vorher, von Russland abgeschlossen. Auch andere bedeutsame Ursachen, die bei nächster Gelegenheit noch zur Sprache kommen müssen, tragen dazu bei, daß sich in Deutschland ganz allgemein und selbst bei den Kennern des östlichen Nachbarlandes ganz irrige Vorstellungen über die Ereignisse in Russland und die Natur des Bolschewismus festsetzten, Vorstellungen, die korrigiert werden müssen, wenn die deutsche Politik sich auf dem Boden der Wirklichkeit bewegen soll. Als jüngst von hoher Stelle das Wort von der „ultrademokratischen Regierung“ fiel, die das russische Volk sich jetzt zu formulieren begonnen habe, da war es der Ausdruck für eine in Deutschland allgemein verbreitete Ansicht, welche, je nach der Beurteilung, dem einen das heutige Russland in mancher Hinsicht als Vorbild, dem anderen als warnendes Beispiel erscheinen läßt. Zu welchen Schläffen man dabei gelangen mag, — jede Betrachtung muß als irrig bezeichnet werden, die davon ausgeht, der Sowjetregierung einen irgendwie demokratischen Charakter zuzuschreiben. Sofern „Demokratie“ die „Herrschaft des Volkes“ bedeutet, also eine demokratische Regierung eine solche ist, die sich auf die Zustimmung der breiten Massen, mindestens aber einer Mehrheit des Volkes, zu ihren programmatischen Grundfahnen stützt, so läßt sich leicht der Nachweis führen, daß die Sowjetregierung weder für die Gegenwart noch für irgendeinen früheren Zeitpunkt den Namen einer demokratischen Regierung in Anspruch nehmen kann.

In den ersten Monaten ihres Bestehens erfreute sich zwar die bolschewistische Regierung noch der Sympathien breiterer Schichten als heute, weil sie den Bauern Land und dem des Krieges müden und überdrüssigen Volk den Frieden versprach. Aber zunächst ist dabei zu beachten, daß gerade diese beiden Versprechungen, auf Grund deren die Bolschewiki die Macht an sich reißen und in den ersten Monaten behaupten konnten, mit dem Wesen des bolschewistischen Programms nichts zu schaffen haben und als Gelegenheitsversprechungen schnell in den Hintergrund treten mußten. Dem russischen Bauern ist es vollkommene gleichgültig, welche Schichten des Volkes an der Regierung sitzen

und ob die Fabriken und Banken nationalisiert sind oder nicht. Er will die südlichen Waren geliefert haben und zwar zu für ihn erschwinglichem Preise, er will „Land und Freiheit“, wobei er die Freiheit nur so begreift, daß man ihn in seinen ländlichen und kommunalen Angelegenheiten, die er selbst zu ordnen wünscht, nicht überflüssig funktioniere. Der russische Bauer war bereit, jede Regierung zu begrüßen, die ihm das Land der Großgrundbesitzer hätte geben wollen, er hing, soweit er überhaupt wusste, worum es ging, in den ersten Monaten der Revolution den Sozialrevolutionären an, weil er sie als die vornehmsten Vertreter dieser Grundforderung betrachtete, und erst als diese zögerten, begann er, sich enttäuscht den Bolschewiken zuzuwenden. Die Bolschewiken hielten zwar ihr Wort, aber nur aus taktischen Gründen. Das Agrarprogramm, das sie verfolgten, gehört keineswegs zum Wesen ihrer sozialen Theorie, es steht dazu sogar in einem deutlichen Gegensatz und wurde den Sozialrevolutionären, zulebte abdotiert, solange die Bolschewiken selbst sich nicht gefestigt fühlten.

Wesentlich steht es mit dem Frieden. Das russische Heer war in seiner Masse des Krieges so müde, daß ihm jede Regierung willkommen war, von der es den Frieden erhoffen konnte. So folgte es den Bolschewiken, obgleich sie nur Gelegenheitspassagieren waren. Lenin hat den Passivismus noch während dieses Krieges scharf bekämpft, er billigt jeden Krieg, der seinen sozialen Theorien förderlich erscheint. Wenn die Bolschewiken in dem gegebenen Falle so bestimmt für den Frieden eintreten, so geschah es anfangs auf Grund einer falschen Berechnung: sie glaubten, mit ihrem Vorbild eine solche Wirkung auf alle kriegsführenden Völker ausüben zu können, daß dadurch die Weltrevolution oder doch mindestens der allgemeine Friedensschluß herbeigeführt werden würde. Und als sie in dieser Hoffnung getäuscht wurden, führten sie den Frieden nur noch deshalb herbei, weil sie erkannten, daß die Fortsetzung des Krieges unmöglich geworden war und ihnen jedenfalls im Lande selbst die eben erst errungene Macht gestohlet hätte.

Wenn so schon die beiden Trümper, durch welche die Bolschewiken das Spiel gewonnen, keineswegs zu ihrem grundsätzlichen Programm gehörten, so muß rücksehend darüber hinaus noch ein weiteres festgestellt werden: der Einbruch im Ausland, daß die Bolschewiken nach der Oktoberrevolution zeitweilig die Unterhügung der Mehrheit des russischen Volkes genossen hätten, ist stets eine Täuschung gewesen, und zwar schon deshalb, weil die ungeheure Mehrheit des russischen Volkes von jeher und bis auf den heutigen Tag den revolutionären Vorgängen vollständig passiv gegenübersteht. Das russische Volk ist nicht nur zu müde, um Krieg zu führen, sondern in seiner Masse auch zu müde und zu wenig entwickelt, um tätigen Anteil an der Revolution zu nehmen. Daburch erklärt es sich, daß aller Art fremdländische Elemente, Juden, Zigen, Tscheko-Slowaken, Georgier, Chinesen, eine so durchaus entscheidende Rolle in der „großen Revolution“ eines Volkes spielen können, an dessen Zahl gemessen sie alleamt eine verschwindende Minderheit bilden. So hart es klingt, bin ich, nach bald drei Monaten unmittelbarer Beobachtung, geneigt zu sagen, daß die Revolution weniger von dem russischen Volk als auf dem Rücken des russischen Volkes vollzogen wird. Die ungeheure Mehrheit des Volkes ist nicht das Subjekt, sondern lediglich ein Objekt der Revolution.

Dies ist von jeher so gewesen. Es ist geradezu lächerlich und fast unglücklich, wie gering die aktiven Kräfte gewesen sind, mit denen die bolschewistische Oktoberrevolution ausgeführt wurde. Ein unbedingte glaubwürdiger Zeuge, der in Moskau an einer Straße wohnt, die gerade jenen der wichtigsten Punkte der Stadt, der Telefonzentrale und dem Haupttelegraphenamt, gelegen ist, berichtet mir folgendes typische Bild: an dem einen Ende der Straße, in diesem „Brennpunkt des Kampfes“, hatten in den Oktobertagen die Weissen, an dem anderen die Roten mit Maschinengewehren Fuß gefaßt, aber keine der Parteien höher als geht an der Zahl. So beschloßen sie sich zwei Tage lang, ohne einander viel Schaden zu tun, bis die Weissen sich aus irgendwelchen strategischen Gründen zurückzogen und die Roten das Feld behaupteten. Das russische Volk hat das Rämpfen jatt nach außen wie nach innen. Deshalb haben sich auch die revolutionären Kämpfe bis in die jüngste Zeit hinein verhältnismäßig so unblutig vollzogen. Da wurde viel mit donnernden Panzerwagen herumgefahren und viel mit Maschinengewehren geschossen, aber es geschah nicht viel Unheil dabei und es littten zumeist die Fenskerischen. Wenn die eine Partei von dannen zog, so war eben die andere Sieger. Auch jetzt, wo unter der feilen Faust der bolschewistischen Führer der Kampf gegen den entsetzlich-schicksalhaften Angriff wieder beträchtliche Ausdehnung angenommen hat, zeigt sich die Unlust des Volkes aufs deutlichste. Die unaufhörlichen Klagen der Kriegskommissare über Freigebit und übertriebene Flucht der roten Truppen sind dafür Zeugnis genug.

Wenn demnach die Bolschewiken in Wahrheit niemals den Anspruch erheben konnten, mit ihrer Regierungstätigkeit den Willen einer Volksmehrheit auszuführen, so ist nach den ersten Monaten ihrer Regierung die Zahl ihrer Anhänger noch beträchtlich zusammengeschmolzen. Alle die vielen schnell wieder ab, die ohne Interesse an dem eigentlich

sozialen und wirtschaftlichen Zielen der Bolschewiken zu ihnen und gehalten hatten, um Land und Frieden zu erlangen.

Die Sowjetregierung nennt sich noch heute eine Regierung der Arbeiter und Bauern. Aber in Anbetracht der offenkundig feindseligen Haltung der Bauernschaft haben die Bolschewiken selbst diesen Begriff schon längst dahin eingeschränkt müssen, daß sie außer dem südlichen Proletariat nur die ärmste Bauernschaft repräsentieren. Und nun müssen sie schon öffentlich eingestehen, daß auch diese „ärmste Bauernschaft“, aus der sich angeblich die sogenannten „Komitees der Armut“ in den Dörfern zusammenzehen sollten, in Wirklichkeit gar nicht aus Bauern besteht, sondern wiederum nur aus Arbeitern, die durch den Stillstand der Industrie aus den Städten in die Dörfer getrieben worden sind, wo es noch Brot und Arbeit gibt. Wenn Lenin diese Tatsache jetzt in den „Zweijah“ bespricht, so entkühlt sich unter der früheren Maske derselbe für die Sowjetregierung verhängnisvolle Gegensatz zwischen dem südlichen Proletariat und der Bauernschaft, und es bleibt kein Zweifel, daß die Bolschewiken selbst nur noch das Proletariat allein für sich in Anspruch nehmen können.

In der Tat findet sich die Bolschewiken sehr wohl bewußt, daß sie nur eine Minderheit der Bevölkerung vertreten. Derselbe Lenin hat darüber in den „Zweijah“ eine ausführliche Berechnung aufgestellt. Er kommt dabei für den tatsächlichen Machtbereich der Sowjetrepublik, dem er eine Einwohnerzahl von 65 Millionen zuschreibt, für das Proletariat auf die Verhältniszahl von 30 Prozent. Aber er zweifelt wohl selbst nicht daran, daß diese Ziffer viel zu hoch gegriffen ist. Denn er rechnet dazu nicht bloß die Arbeiter, sondern auch alle Angestellten und zwar selbst diejenigen der kaufmännischen Betriebe, der Stadtverwaltungen und Polizeibehörden, die doch offenkundig mit dem Proletariat nichts gemein haben, endlich auch die Landarbeiter, die in Russland dem Typus der Bauernschaft weit näher stehen als dem der südlichen Arbeiter. Desgleichen weiß ein jeder, daß das Heer der Sowjetangeestellten in den Hauptstädten und der Provinz, das Sarin ebenfalls dem Proletariat zurechnet, zu einem großen Teil aus ganz anderen Elementen verschiedener Art besteht, die nicht einmal äußerlich auf der Plattform der Sowjetregierung stehen.

Nur die eigentliche Fabrikarbeiterschaft selbst und verschwindend geringe radikal-sozialistische Splitter der linken Intelligenz kommen als Anhänger der Bolschewiken überhaupt in Frage. Aber die geschichtete Erscheinung der Passivität gilt auch von der Arbeiterschaft, und selbst in denjenigen Schichten des südlichen Proletariats, die ursprünglich stark von der bolschewistischen Propaganda erfaßt waren, hat die rückläufige Bewegung längst eingesetzt.

Zusammenfassend läßt sich heute sagen, daß nur eine überaus geringe Minderheit des Volkes mit Entscheidung für die Sowjetregierung eintritt und die große Mehrheit mehr oder weniger antibolschewistisch gerichtet ist. Wenn die Bolschewiken heute regieren, so regiert in Wirklichkeit eine kleine aktive und um Äußersten entschlossene Minderheit durch scharfe Gewaltanwendung gegen die offenen oder geheimen Wünsche der breiten Massen des Volkes. Mit der Demokratie hat das nichts zu schaffen. Die Bolschewiken selbst sind sich nicht im Zweifel darüber, daß sie die Diktatur einer Minderheit über die große Mehrheit barstellen. Und wenn sie in den demokratischen Gedanken in ihren Worten noch nicht so rückwärtslos zum alten Eisen geworfen haben, so ist das nur eine rein theoretische Klugelei. Sie geben vor, in dem einen Sinne dennoch Demokraten zu sein, daß ihre Politik den „wahren Interessen“ der Mehrheit entspreche, weniggleich das Volk dies noch nicht erkannt habe. Sie behaupten nicht einmal, eine demokratische Regierung zu sein, sondern meinen allenfalls, eine solche werden zu können, wenn ihr soziales System sich endgültig durchgesetzt haben würde.

Aber auch dies ist eine Täuschung: sie können nie die Mehrheit des Volkes für sich gewinnen, weil ihre gesamte Politik nicht dazu führen kann, den Gegensatz zwischen dem südlichen Proletariat und der Bauernschaft zu mildern, sondern ihn immer weiter zuspitzen muß.

Amerikanische „Kulturarbeit“.

Daß die Begeisterung für den Krieg und die „große, heilige Sache der Freiheit und Demokratie der Völker“ in Amerika im Volke nicht sonderlich groß ist, erfährt man hier und da aus Streiflichtern der Auslandspressen. Man hat von zahlreichen Fällen lesen können, in denen Leute, die irgendeine „deftätliche“ Bemerkung gemacht haben, gelincht und aufgehängt worden sind. So war kürzlich in Illinois der Deutsche Prager angeblich wegen solcher Redensarten ins Gefängnis gesetzt worden. Folcher erfuhren die „patriotischen“ Vergleiche, holten ihn aus dem Gefängnis heraus und erhängten ihn, in die amerikanische Fahne gefüllt. Die Zeitung „The Survey“ schrieb dazu: „Trotzdem mehrere der beteiligten Männer durch Zeugen ihrer Mittäterschaft überführt worden sind, wurden sie freigesprochen. Die Verteidigung hatte geltend gemacht, daß „ein neues, ungeprübtes Gesetz ihre Tat rechtfertigt.“ (1)

Das Publikum im Gerichtssaale brach in Weisfalskündigungen aus.“

Wie wenig das Gesetz geachtet wird, zeigt auch folgende Nachricht: „Eine Entscheidung des obersten Gerichtshofes hebt das Verbot der Kinderarbeit als verfassungswidrig auf.“ — Den Sozialisten war es nach vierzehnjähriger Arbeit kurz vor dem Kriege geglückt, ein Gesetz durchzubringen, das die Kinder der Arbeit in den Fabriken und Bergwerken entzog. Ueber die vorher herrschenden Zustände geben wir im folgenden ein paar Zeilen.

In den vier Baumwollstaaten Nord- und Süd-Carolina, Georgia und Alabama waren 1905 32 828 Kinder beschäftigt. Der Präsident der „American Cotton Manufacture Association“ hat in einem unbedachten Augenblick das Gedächtnis abgelegt, daß in den Spinnereien von Nord-Carolina 75 Prozent aller Spinner Kinder unter vierzehn Jahren sind. Interessant ist das Bekenntnis des bekannten englischen Soziologen J. G. Wells, der 1911 die Vereinigten Staaten bereiste. In seinem Bude sagt er wörtlich: „Man denke, in diesem reichen, größten Lande, das die Welt gesehen hat, arbeiten über 1,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren auf Feldern, in Fabriken, in Bergwerken und Werkstätten.“ Bei uns trägt man Bedenten, Kinder unter 14 Jahren morgens eine Stunde Brötchen oder Milch austragen zu lassen.

„In ihrer schlimmsten Zeit sind die Zustände in den Baumwollspinnereien Englands schwerlich ärger gewesen, als jetzt in den Südstaaten Nordamerikas“, schreibt ein anderer Soziologe, Hunter. „Die kleinsten Kinder von fünf bis sechs Jahren stehen früh auf und geben gleich den Erwachsenen in die Fabrik an ihre Tagesarbeit. Wenn sie heimkommen, werfen sie sich todmüde auf ihre Betten. Lange werde ich das Gesicht eines sechsjährigen Knaben nicht vergessen, dessen bleiche Farbe und hagere Gestalt bereits die körperlichen Folgen der anstrengenden Arbeit anwies. Dies sechsjährige Kind arbeitete bereits zwölf Stunden am Tage.“ Mit den Kindern macht der in Amerika lebende Italiener geradezu ein Geschäft. Er bringt sie als „Kesseln“ und „Nichtern“, „Kinder von Freunden“ ins Land und lebt von dieser Kinderarbeit. Die Zahl dieser Armeisten soll unglücklich hohe Ziffern erreichen.

Ein geradezu erschütterndes Bild solcher Kinderarbeit und Not in den Bergwerken entwirft der Schriftsteller Spargos in seinem Buch: „Notiz über der Kinder.“ Wörtlich heißt da zu lesen: „Zehn oder elf Stunden sind Kinder von zehn bis zwölf Jahren über die Kohlenrinnen gebüht und säubert die Kohlen von Schiefer und sonstigen Unreinheiten, während sie an ihnen vorbeigeführt werden. Die Luft ist schwarz von Kohlenstaub und die Zerkleinerungs- und Sortierungsmaschinen machen einen ohrenzerreißenden Lärm. Gelegentlich fällt auch so ein Kind in die Maschine und wird gräßlich verblümmelt oder gerät in die Kohlenrinne und erstickt. Es gehen auf diese Weise viel mehr Kinder zugrunde, als es sich die Öffentlichkeit auch nur träumen läßt. Viele bekommen auch nach kurzer Zeit bereits Asthma und die Schwindel der Grubenarbeiter.“

Das sind geradezu grauenvolle Zustände. Hunderttausende kleiner Kinder fallen so dem niedrigen und ruhelosen Ausbeutehymn zum Opfer. Ein solches Land mit solchen Menschen magt sich an, über uns zu Gericht zu sitzen, die wir in sozialer Arbeit wahre Erostaten geleistet, die unerreicht in der ganzen Welt dastehen. Die Tatsachen sollten aber denen zu denken geben, die mit dem Gedanken einer Auswanderung nach Amerika nach dem Kriege umgehen. Sie würden arge Enttäuschungen erleben.

(„Mitteilungen für den vaterländischen Unterricht.“)

Herausgeber: Das J.-R. des transkauk. deutschen Verbandes.

Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.

In einem deutschen Hause werden anreisenden Kolonisten

Betten

abgegeben. Reut-Str. (Рeутовская) № 13. 10—9

Nur im Café W. Höhe,

Tiflis, Golowinski № 8 (in der Nähe der Deutschen Ortskommandantur), bekommt man ein gutes Glas Kaffee,

Kakao mit Kuchen etc. etc.